

Mittwoch, 10. Dezember 1975

Blatt 311¹6

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Nußdorfer Wehr vor der Eröffnung
Alsergrund: Für bessere Lebensqualität
Dank an U-Bahn-Arbeiter

Lokal:
(orange)

Orden für Wiener Komponisten
Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe
am Wiedner Gürtel wird zehn Jahre alt

Kultur:
(gelb)

Ausstellungsplanung des Wiener Stadt- und Landes-
archivs für 1976

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. von 10 bis 17 Uhr,
So. 14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

nussdorfer wehr vor der eröffnung

1 wien, 10.12. (rk) am kommenden diensttag, dem 16. dezember, wird buergermeister leopold g r a t z die eröffnung der umgebauten wehranlage nussdorf vornehmen. der umbau des nussdorfer wehres wurde im rahmen der realisierung des donauhochwasserschutzprojektes erforderlich, da das alte, 1898 fertiggestellte wehr nur fuer eine hochwassermenge von 11.700 kubikmeter pro sekunde bemessen war, waehrend die neukonstruktion fuer eine hochwassermenge von 14.000 kubikmeter pro sekunde berechnet ist. die wehranlage nussdorf wird zusammen mit der nussdorfer schleuse die aufgabe erfuehlen, den wassereinzug in den donaukanal zu regulieren und namentlich das eindringen von hochwasser und eis in den donaukanal zu verhindern.

die wertvollen teile des von otto w a g n e r stammenden alten wehres, die bekannten loewenpylonen, die laternen und die bruecke ueber die wehranlage, wurden erhalten und restauriert.

mit den arbeiten war im juli 1971 begonnen worden. insgesamt wurden rund 23.000 kubikmeter beton und 650 tonnen baustahl verbaut. die gesamtkosten des umbaus beliefen sich auf etwa 130 millionen s. durch die errichtung eines fangdammes oberhalb des wehres blieb der hochwasserschutz auch waehrend der bauarbeiten gewaehrleistet. waehrend der bauzeit erfolgte die wasserversorgung des donaukanals durch die nussdorfer schleuse, die bereits in den jahren 1964 bis 1966 umgebaut worden war.

aus sicherheitsgruenden besteht die neue wehranlage aus zwei hintereinander liegenden, hydraulisch angetriebenen segmentverschluesen mit einer breite von 30 metern, einer hoehe von 11,2 metern und einem gewicht von 200 tonnen. bei einem schaden an einem wehrverschluss kann der zweite dessen funktion voll uebernehmen. die hubzeit fuer einen verschluss betraegt etwa eine stunde. bei grosser kaelte werden die wehrverschluesse gaenzlich geschlossen, der wassereinzug in den donaukanal erfolgt dann durch die fuer den betrieb bei eis konstruierte schleuse. bei einem donauwasserstand von weniger als 3,5 meter am pegel reichsbruecke koennen die verschluesse ganz geoeffnet werden. die schiffahrt erfolgt dann statt durch die schleuse durch das wehr. (ger)

k o m m u n a l :

=====

alsergrund: fuer bessere lebensqualitaet

2 wien, 10.12. (rk) der 9. bezirk - so will es die bezirksvertretung - soll in zukunft fuer die bewohner mehr lebensqualitaet bieten. das eintoenige, erdrueckende grau vieler bezirksteile soll durch gruen, durch baumpflanzungen, die errichtung von gruenanlagen und kleinen naeherholungsflaechen sowie von spielstrassen zu neuem leben erweckt werden.

in einem von allen fraktionen eingebrachten und von der bezirksvertretung einstimmig beschlossenen antrag wurde bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r gebeten, von den zustaendigen stellen der stadt wien die ausarbeitung eines konzeptes zur aktivierung des strassenraumes in den wohnvierteln des alsergrundes zu verlangen.

ein solches konzept - so schmiedbauer - sei die logische konsequenz eines vor kurzem gleichfalls von der bezirksvertretung beantragten verkehrskonzeptes. es werde dabei zu entscheiden sein, welche strassen im bezirk dem verkehr und welche der erholung dienen sollen. fuer dieses konzept sei es notwendig, die technischen moeglichkeiten zur rueckgewinnung des strassenraumes zwecks verbesserung der umweltbedingungen im angestammten wohnbereich kennenzulernen.

mit der baumpflanzung in der salzergasse (sie geht auf einen antrag der bezirksvertretung zurueck) wurde bereits ein kleiner anfang gemacht. aber es gibt bestimmt noch andere strassen, wo fuer baeume platz waere. was die spielstrassen betrifft, so wurden in antraegen der bezirksvertretung moegliche strassen genannt: markt-gasse, wasa-gasse. spielstrassen waeren in den dicht verbauten bezirksteilen kleine paradiese.

schliesslich muesse man ueberdenken, erklaerte bezirksvorsteher schmiedbauer, wo man fussgaengerbereiche beziehungsweise platzern fuer pensionisten mit tischen und baenken einrichten koennte. solche platzern werden - wie sich an den beispielen sobieskiplatz und spittelauer platz in der warmen jahreszeit zeigt - sehr stark frequentiert. (am)

k o m m u n a l :

=====

dank an u-bahn-arbeiter

4 wien, 10.12. (rk) im rahmen eines festessens im rittersaal des rathauskellers, zu dem die gewerkschaft der bau- und holzarbeiter geladen hatte, sprachen diensttag abend buergermeister leopold g r a t z , stadtrat ing. fritz h o f m a n n und stadtrat franz n e k u l a den beteiligten technikern und arbeitern den dank der stadt wien fuer ihren vorbildlichen einsatz bei dem ende oktober dieses jahres erfolgten sand- und wassereinbruchs im u-bahnstreckentunnel unter dem franz josefs-kai aus. alle beteiligten arbeiter erhielten als anerkennung ausserdem eine praemie von je tausend schilling. (ger)

0957

L o k a l :

=====

bundeslehranstalt fuer wirtschaftliche frauenberufe
am wiedner guertel wird zehn jahre alt

5 wien, 10.12. (rk) ihren zehnjährigen bestand feiert die höhere bundeslehranstalt fuer wirtschaftliche frauenberufe in wien 4, wiedner guertel 68, am 11. dezember. jahrelang expositur der gleichnamigen bundeslehranstalt im 19. bezirk in der strassergasse, wurde die schule am wiedner guertel 1965 zur selbstständigen anstalt ernannt. seit diesem zeitpunkt hat sich die zahl der schuelerinnen mehr als verdoppelt: derzeit besuchen rund 600 maedchen die bundeslehranstalt im vierten bezirk. ihre ausbildung dauert fuenf jahre, nach dem dritten schuljahr wird eine dreimonatige ferialpraxis in einem hotel- oder gaststaettenbetrieb verlangt. nach der matura stehen den schuelerinnen wirtschaftliche berufe von der bankangestellten ueber die hotelsekretaerin bis zur leiterin eines selbstständigen unternehmens offen. unter den bis jetzt 316 absolventinnen der hoeheren bundeslehranstalt fuer wirtschaftliche frauenberufe am wiedner guertel arbeiten einige jedoch auch als air-hostessen oder studieren veterinaermedizin.

ihr jubilaeum wird die schule mit einem umfangreichen festprogramm feiern: unter anderem wurden dazu die minister dr. hertha firnberg und fred sinowatz, buergermeister leopold gratz, staatssekretaerin elfriede karl, bundesraetin dr. anna demuth, vizebuergermeisterin gertrude froehlich-sandner, die amtsfuehrenden stadtraete peter schieder, prof. alois stacher und franz nekula, stadtschulratspraesident hofrat dr. hermann schnell, zweiter landtagspraesident otto schweda sowie nationalrats- und gemeinderatsabgeordnete eingeladen. (hs)

1000

k u l t u r :

=====

ausstellungsplanung des wiener stadt- und landesarchivs fuer 1976

3 wien, 10.12. (rk) mit einer ausstellung ueber "100 jahre donaueregulierung", die bereits mitte dezember beginnen wird, eroeffnet das wiener stadt- und landesarchiv einen reigen von kleinausstellungen. als naechste ausstellung fuer 1976 ist eine exposition ueber "450 jahre ferdinandeum, staendekaempfe in wien am ende des mittelalters" geplant. diese exposition wird von anfang februar bis mitte mai 1976 zu sehen sein. anschliessend folgt eine ausstellung ueber "wien und die letzten babenberger", die bis ende juli 1976 geplant ist. im sommer und fruehherbst 1976 will sich das archiv selbst als wissenschaftliches institut vorstellen. diese ausstellung wird auch am naechsten "tag der offenen tuer" zu sehen sein. den abschluss bilden schliesslich eine ausstellung ueber die "reformation in wien" und "die bibliothek des wiener stadt- und landesarchivs". alle diese ausstellungen sind auf dem ausstellungsgang des archivs (rathaus, stiege 6) zu sehen. (may) 0955

Kommunal:

Wiener Landtag

=====

Wien, 10.12. (RK) Unter dem Vorsitz des Ersten Präsidenten Maria Hlawka (SPÖ) trat Mittwoch der Wiener Landtag zu seiner 20. Sitzung zusammen. Nach einem Nachruf auf den verstorbenen Bundesrat Kommerzialrat Franz Walzer gelangte der einzige Tagesordnungspunkt zur Verhandlung, das Ersuchen des Bezirksgerichtes Klagenfurt auf Strafverfolgung des LAbg. Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang Strunz wegen Verdachtes des Vergehens der fahrlässigen Körperverletzung im Zuge eines Verkehrsunfalls. LAbg. Dr. Habl (ÖVP) berichtete vom Beschluß des Immunitätskollegiums, dem Ersuchen Folge zu leisten.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Kommunal:Wiener Gemeinderat:

Soziales und Gesundheit

=====

Wien, 10.12. (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung nahm Bürgermeister Gratz die unterbrochene Sitzung des Gemeinderates wieder auf. Zur Verhandlung gelangte das IV. Hauptstück, Soziales und Gesundheit. GR. Krenn (FPÖ) erklärte, daß der Voranschlag, im Zusammenhang mit dem Investitionsplan und dem Gesundheitsbericht, Unterlassungen, Fehlleistungen und Taschenspielertricks enthalte. So sind für das Sozialmedizinische Zentrum Ost im kommenden Jahr lediglich 15 Millionen für die Schwesternschule und 65 Millionen für das Pflegeheim vorgesehen. Diese Bauteile werden damit bestenfalls 1981/82 fertiggestellt werden können. Von der Errichtung des eigentlichen Krankenhauses ist noch nichts zu sehen. Und das nach 13 Jahren Planung und jahrelangen Verhandlungen mit Niederösterreich. Auch die Fertigstellungszeiten des neuen Allgemeinen Krankenhauses sowie die Baukosten sind unklar. Es wird weder 1983 fertig sein, noch 16 bis 17 Milliarden kosten, wie gesagt worden ist, sondern wahrscheinlich 30 Milliarden kosten und erst 1985/86 fertig sein. Der Spitalsplan des Gesundheitsstadtrates Stacher ist nach Zeitungsmeldungen in Frage gestellt, weil angeblich die Gehaltsforderungen des als Generaldirektor der geplanten Spitalsbetriebsgesellschaft vorgesehenen Fachmannes nicht erfüllt werden können. GR. Krenn stellte die Anfrage: ob diese Berichte den Tatsachen entsprechen. Der Redner kritisierte schließlich die Verzögerung bei der Planung des Pflegeheims Süd, und stellte den Antrag, den Ansatz um 100 Millionen zu erhöhen. Er teilte jedoch mit, daß seine Fraktion diesem Budgetkapitel zustimmen wird.

Bevor Bürgermeister Gratz dem nächsten Redner das Wort erteilte, drückte er sein Bedauern darüber aus, daß GR. Krenn den Ausdruck "Taschenspielertricks" verwendet hatte und erteilte dem Gemeinderat gemäß Stadtverfassung dafür eine Rüge. (smo)

GR. Traindl (ÖVP) griff zwei Teilaspekte des Gesundheitswesens heraus: den schulärztlichen Dienst und die Gesundenuntersuchungen. Er stellte ein erschreckendes Ansteigen verschiedener Gesundheitsschäden bei Kindern im schulpflichtigen Alter fest. Die Hälfte der Schulkinder weist Haltungsschäden auf, ein Zehntel ist übergewichtig. Diese Entwicklung gelte es zu stoppen. Obwohl im Budget 1976 dreimal so viele Mittel für das Gesundheitswesen vorgesehen seien als vor zehn Jahren, sehe er in diesem Voranschlag aber keine Mittel zur Therapie. Die Schulärzte seien nicht zuletzt auch durch administrative Pflichten überlastet, für Gespräche mit Eltern bleibe kaum Zeit. Traindl stellte den Antrag, den Schulärzten Teilzeitkräfte für administrative Tätigkeiten zur Seite zu stellen. Darüber hinaus seien aber auch grundsätzlich mehr Schulärzte nötig.

Bezugnehmend auf ein Untersuchungsergebnis, wonach 22 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen Sehfehler aufweisen, meinte Traindl, daß die Untersuchungen bei Kindergartenkindern nicht ausreichend seien. Nur etwa ein Viertel dieser Kinder sei im letzten Jahr erfaßt worden.

Schließlich gelte es auch, die Eltern mehr als bisher aufzuklären, ihnen müsse ihre Verantwortung für die Gesundheit ihrer Kinder zu Bewußtsein gebracht werden.

An der Praxis der Gesundenuntersuchungen kritisierte Traindl die oft sehr langen Wartezeiten für Untersuchungswillige sowie die mangelhafte Kooperation zwischen Ambulatorien und Ärzten. Vielfach herrsche in der Bevölkerung die falsche Auffassung, daß die Ambulatorien besser für die Durchführung derartiger Untersuchungen gerüstet seien als Hausärzte. Auch in dieser Beziehung wäre Aufklärung notwendig. (ger)

Daß Wien seit mehr als einem halben Jahrhundert zu den sozialsten Städten der Welt zählt, erhärtete GR. Erika Krenn (SPÖ) durch Zahlen, die den Anstieg der Budgetmittel des Kapitels Soziales und Gesundheit zeigen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich diese Ausgaben um 10,5 Prozent. Die Ausgaben für das Sozialwesen erhöhen sich um 23 Prozent.

Die Umstrukturierung der Gesellschaft habe dazu geführt, daß vor allem ältere Menschen auf sich allein gestellt sind.

Dieser Entwicklung wird durch viele Hilfen und Aktionen Rechnung getragen, wie Seniorenwochen, Fahrt ins Grüne und Landaufenthalte. Um die Aktivitäten der Senioren zu erhöhen, werden in den Pensionistenheimen Animatoren eingesetzt. Die Heime werden auch für Außenstehende geöffnet, um Kontakte mit der Außenwelt zu verstärken. In dieser Hinsicht sind Probewohnen und Urlaub in Pensionistenheimen geplant.

Bei der am 23. September von der ÖVP durchgeführten Pressefahrt habe Dr. Busek von einer "Verbannung älterer Menschen in die Pensionistenheime" gesprochen, die dort um zehn Jahre früher sterben. Es sei beschämend, daß Wiener Abgeordnete an dieser Fahrt teilgenommen hätten und dieser Behauptung nicht widersprochen hätten, sagte GR. Erika Krenn.

Bei einem probeweisen Kontakt-Besuchsdienst im 15. Bezirk wurde festgestellt, daß der größte Teil der 70 und mehr Jahre alten Personen noch recht rüstig sei und die Wohnung peinlich in Ordnung halte. Erfreut zeigten sich die Besuchten darüber, daß sich Mitarbeiter der Stadtverwaltung um sie kümmerten.

Beträchtliche Leistungssteigerungen sind bei den sozialen Hilfen und Diensten zu verzeichnen. Im Rahmen der Heimhilfe, Hauskrankenpflege und Familienhilfe werden bis Ende 1975 voraussichtlich 815.000 Stunden (um 38 Prozent mehr als im Vorjahr) geleistet werden. Die Ausgaben der Behindertenhilfe werden darüber hinaus auf Grund der zweiten Behindertengesetz-Novelle um 81 Prozent auf 42,5 Millionen steigen. Eine weitere Steigerung wird sich durch die dritte Novellierung dieses Gesetzes ergeben, die derzeit in der Begutachtung ist.

An 75 Behinderten-Vereine werden Subventionen in Höhe von 7,7 Millionen Schilling gewährt. Ein Wegweiser für Behinderte, den das Sozialamt herausgebracht hat, informiert alle Behinderten über die ihnen zur Verfügung stehenden Dienste und Hilfen. (we)

Die Gesellschaft muß dem alten Menschen Chancen für das konstruktive Altern anbieten. Der Mensch baut zwar biologisch, aber nicht im gleichen Ausmaß geistig ab. Daher müßte versucht werden, dem alten Menschen Möglichkeiten für eine aktive Lebensgestaltung zu geben. Dies forderte GR. Gertrude Härtel (ÖVP). Sie kritisierte, daß die alten Menschen in den Pensionistenklubs kulturell und bildungsmäßig unterversorgt seien. Außer Zeitungslesen und Karten-

spielen könne man gegenwärtig in den Heimen nicht viel mehr tun, erklärte Härtel.

Für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen ist es längst selbstverständlich geworden, speziell ausgebildete Personen anzustellen. Die Betreuer von Pensionistenklubs sind zwar einsatzfreudig, jedoch nicht speziell ausgebildet. Die Rednerin stellte den Antrag, daß den Leiterinnen und Leitern von Pensionistenklubs das für ihre Aufgabe nötige Fachwissen durch eine spezielle Ausbildung vermittelt wird.

Weiter beantragte Härtel, daß der Gültigkeitsbereich von Pensionistenausweisen auf alle Einrichtungen der Stadt Wien und ihre Unternehmungen ausgeweitet wird.

GR. Dr. Marlies Flemming (ÖVP) führte aus, daß die Idee der Pensionistenheime vom ehemaligen ÖVP-Vizebürgermeister Weinberger ausgegangen ist. Dies müßte auch einmal gesagt werden, wenn die SPÖ behauptet, die ÖVP wäre gegen Wien. Mandatäre, so Dr. Fleming, hätten die Aufgabe, die Einrichtungen der Stadt immer wieder kritisch zu überprüfen und aus gemachten Fehlern zu lernen.

Flemming verwies auf verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen, die übereinstimmend ein Motiv für den Eintritt in ein Pensionistenheim angeben: Die ausweglose persönliche Lebenssituation des alten Menschen. In einer Untersuchung wird nachgewiesen, daß in den ersten drei Monaten Heimaufenthalt die Sterbequote steigt.

Diese Tatsachen als Beschimpfung zu bezeichnen, wie die SPÖ es tut, zeigt von einer intoleranten Haltung, erklärte Fleming abschließend. (sei)

Die Gesundheit als höchstes Gut des Menschen zu wahren und zu sichern ist das grundsätzliche Ziel der Wiener Gesundheitspolitik, erklärte GR. Hanke (SPÖ). Diesem Ziel dienen alle Maßnahmen der Vorsorgemedizin und Frühdiagnose, die allen Bürgern im gleichen Ausmaß zugute kommen sollen. Im Detail berichtete dann der Redner über die guten Erfolge des Modellversuchs mit den mobilen Krankenschwestern. Von April bis Oktober konnten von den fünf Schwestern 4.140 Hausbesuche gemacht werden.

Die Ärzte bezeichnen die Zusammenarbeit mit den Schwestern als ausgezeichnet. 1976 besteht die Absicht, mobile Schwestern auch in Floridsdorf und in Simmering einzusetzen. An ein ähnliches System ist auch in Favoriten und Liesing gedacht. In letzter Zeit wurde das Netz der Familienberatungsstellen erweitert und die Beratungszeiten den Berufstätigen angepaßt. In den Mutterberatungsstellen werden neueste Erkenntnisse praktiziert, wie etwa die Rachitisprophylaxe, Gehörtests für Säuglinge und seit einigen Tagen auch Sehtests für Kleinstkinder. Sehtests finden auch in den Kindergärten statt. Wie wichtig dies ist, zeigt das Ergebnis, daß von 10.000 untersuchten Kindern zwölf Prozent von Augenärzten behandelt werden müssen. Alle diese Einrichtungen sind in Wien vorbildlich und werden im Ausland aufgegriffen. Man soll daher nicht nur nörgeln, wie es Vorredner getan haben, sondern die Leistungen auch anerkennen, wie etwa beim schulärztlichen Dienst, durch den heuer bereits 146.000 Untersuchungen gemacht worden sind, was bei einer Pflichtschülerzahl von 115.000 bedeutet, daß jedes Kind zumindest einmal untersucht worden ist. In den Schulzahnkliniken wurden 113.000 Behandlungen durchgeführt. 1976 wird eine neue Schulzahnklinik im 9. Bezirk, Salzergasse, in Betrieb genommen. Ebenso wird eine neue, modernst ausgestattete Tbc-Fürsorgestelle in Liesing, Breitenfurter Straße, eröffnet werden. Gewiß gibt es auch unerfreuliche Entwicklungen, wie etwa das Steigen von Nikotinmißbrauch, Alkohol- und Drogenabhängigkeit, insbesondere bei jungen Leuten. Die neuen Beratungsstellen bieten den Ratsuchenden die Chance der Hilfe. Aber vorbeugende Maßnahmen der Aufklärung, vom Elternhaus bis zum Gesetzgeber, erscheinen unerläßlich. Die umfangreiche Informationstätigkeit ist dabei eine wichtige Hilfe. Im kommenden Jahr wird das Gesundheitsamt eine Informationsschrift über die gesundheitlichen Einrichtungen vorbereiten. (smo)

GR. Stadtrat Lehner (ÖVP) nahm zunächst zur gestrigen Debatte über das Budgetkapitel Kultur, Jugend und Bildung Stellung und kritisierte die Reaktion von VBgm. Fröhlich-Sandner auf die von seiner Fraktion vorgebrachte Kritik am Voranschlag 1976. Fröhlich-Sandner habe sich anscheinend durch diese Kritik persönlich gekränkt gefühlt. Sie habe überdies im Zusammenhang mit der Vorlage des Altstadterhaltungsgesetzes durch den ehemaligen ÖVP-Stadtrat Dr. Krasser erklärt, Stadträte könnten überhaupt keine Gesetze vorlegen, sondern

nur referieren, was die sozialistische Mehrheit bereits bewilligt habe. Dies sei mangelndes Demokratieverständnis.

Zum Kapitel Soziales und Gesundheit bemerkte Lehner, daß im Laufe des Budgetjahres 1975 immer wieder Umschichtungen vorgenommen worden seien, welche die ÖVP bereits lange vorher verlangt hatte. Damals seien sie aber von der SPÖ aus parteipolitischen Gründen ohne Debatte abgelehnt worden. Lehner meinte, daß der Voranschlag 1976 für das Kapitel Soziales und Gesundheit entgegen früheren Ankündigungen von 20 bis 25 Prozent nur eine Erhöhung der Mittel um rund zehn Prozent vorsehe. Berücksichtige man jedoch die voraussichtliche Inflationsrate für das Jahr 1976, so sei überhaupt keine Erhöhung für dieses Budgetkapitel, das angeblich Vorrang genieße, enthalten.

Lehner beschuldigte die Bundesregierung der Wien-Feindlichkeit. Die Bundesbeiträge nach dem Krankenanstaltengesetz seien im Voranschlag um 26 Millionen höher angesetzt. Diese optimistische Budgetierung habe keinerlei gesetzliche Grundlage, da die Zweckzuschüsse des Bundes für das Jahr 1976 um 25 Prozent niedriger seien. Der Bundesbeitrag an die Spitalerhaltenden Gemeinden sinke von 393 Millionen im Jahr 1975 auf 295 Millionen im Jahr 1976, da die gesetzliche Regelung der Zweckzuschüsse des Bundes ersatzlos auslaufe. Lehner verlangte von Finanzstadtrat Mayr, daß dieser seine Forderung, dieses Gesetz nicht auslaufen zu lassen, in die Tat umsetze.

Lehner beklagte die zu geringe Bezahlung der Spitzenkräfte des Krankenpflegepersonals. Für junge Ärzte gebe es zu wenig Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Der der Öffentlichkeit vorgelegte Gesundheitsplan habe zu einer totalen Verwirrung unter den Verantwortlichen geführt. Der von der ÖVP begrüßte Spitalsplan setze bereits Patina an.

Für die Spitalsführung sei ein Spitzenmanager als Konsulent engagiert worden. Den Erfolg sehe man aber zum Beispiel bei der schleppend vor sich gehenden Einrichtung des Krankenhauses Rudolfstiftung. Bei den Lieferungen werde die gemeindeeigene Firma ODELGA bevorzugt, die schon der Aufgabe der Beratung bei der Einrichtung des AKH nicht gewachsen gewesen sei. Lehner regte die Reprivatisierung dieses angeblich schlecht arbeitenden Unternehmens an.

Die für das AKH gegründete Gesellschaft habe bisher noch nichts geleistet, außer Bestandsaufnahmen über Fakten, die längst bekannt sind.

Schließlich brachte Lehner den Antrag ein, mit den Leitern des Krankenhauses "Innere Mission" in Purkersdorf abschließende Gespräche aufzunehmen, um dieses Krankenhaus unter finanzieller Beteiligung der Stadt Wien zu einem Alterspflegeheim umzugestalten.(ger)

Mit den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten beschäftigte sich GR. Windhab (SPÖ):

Für die Mehrkosten ließen sich drei Gründe erkennen: die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten sind außerordentlich personalintensiv, die Kosten für die Verbrauchsmaterialien steigen exorbitant, und auf fast keinem anderen Gebiet sei in den letzten Jahren ein derartiger technologischer Fortschritt erzielt worden, wie bei der Medizin. Der rationellen Einsetzung der zur Verfügung stehenden Mitteln dient der Krankenanstaltenplan. Ein derartiger Plan lasse sich aber nicht in einem halben Jahr verwirklichen, sondern erst in einem Zeitraum von etwa zehn Jahren umsetzen. Durch die Änderung des Krankenpflegegesetzes, intensive Werbung und den Ausbau der Krankenpflegeschulen sei die Zahl der Krankenpflegeschüler in den letzten Jahren wesentlich gestiegen: Begannen 1972 noch 857 Krankenschwestern ihre Ausbildung, so waren es 1975 bereits 1.607.

Zu den weiteren Aktivitäten des Gesundheitsstadtrates zählte Windhab auch den Ausbau der Notstromanlagen - dafür seien im Budget 10 Millionen vorgesehen - sowie den Ausbau der Peri- und Neonatologie. Nicht zuletzt dadurch sei die Säuglingssterblichkeit in Wien von 1974 bis 1975 um elf Prozent gesunken.

Auch Windhab übte Kritik an der von der ÖVP durchgeführten Pressefahrt durch Wien: Wenn Primarius Wiesinger behauptete, seit Lueger sei in Wien kein Spital mehr errichtet worden, so könne man ihm entgegenhalten, daß mit dem Neubau des AKH begonnen wurde - die Wohntürme, die Psychiatrie, die kinder- und jugendpsychologische Psychiatrie, die Kinderklinik und die heilpädagogische Ambulanz mit insgesamt 420 Betten sind in Betrieb -, im Spital Rudolfsstiftung wurden rund 1.000 neue Betten geschaffen und im Wilhelminenspital zwei neue Pavillons sowie die Unfallstation mit insgesamt 800 Betten errichtet. (hs)

Das Krankenanstaltenwesen braucht sicherlich ein modernes Management. Stadtrat Stacher bekannte sich zu einer wirtschaftlichen Führung des Krankenanstaltenwesens. Er war immer der Überzeugung, daß ein Wirtschaftler für die Durchführung dieser Aufgaben am besten geeignet sei. Nie habe er davon gesprochen, daß es auch nicht innerhalb der Beamten geeignete Personen für diese Aufgabe gebe. Jedoch ist eine solche Person nicht leicht zu finden. Daher habe man auch außerhalb des Kreises der Beamten gesucht, erklärte Stacher.

Gegenwärtig gibt es in den Spitälern keinen Ärztemangel. Dagegen würden Ärzte für soziale Dienste und vor allem praktische Ärzte benötigt. Daher kommt es vor, daß Verträge von Ärzten, die sich zur Ausbildung in den Spitälern befinden, nicht verlängert werden, um den anderwärtigen Bedarf decken zu können. Durch diese flexible Handhabung hofft man, so Stacher, der gegenwärtigen Situation gerecht zu werden.

Zur Kritik, daß die Firma Odelga medizinische Einrichtungen zu spät liefere, stellte Stacher fest, daß sich bei den medizinischen und technischen Einrichtungen der Standard rasch ändert. Man könne daher die Geräte und Einrichtungen erst relativ knapp, bevor man sie braucht, bestellen. So müsse man auch lange Lieferfristen in Kauf nehmen.

Bei der Planung des Betagtenheimes Wien-Süd hat man neuersten wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung getragen. Wegen der Kritik an den allzu großen Heimen, ist man vom ursprünglichen Plan eines Heimes mit 1.100 Betten abgekommen und will jetzt ein kleineres Heim bauen.

Zur Kritik am sorgenfreien Tag in den Pensionistenklubs verwies Stadtrat Stacher auf eine Untersuchung, die die Zufriedenheit der Benutzer mit den angebotenen Diensten untersuchen soll. Allein auf Gerüchte hin könnte zum Beispiel das bereitgestellte Essen nicht abgestellt werden.

Zu den von den Oppositionsrednern zahlreich zitierten wissenschaftlichen Untersuchungen über die Pensionistenheime meinte Stacher, daß sich auch die Wissenschaft selbst in Frage stellen muß und daß auch wissenschaftliche Ergebnisse falsch sein können. (sei)

Stadtgestaltung und Verkehr

Die Beratung des V. Hauptstückes, Stadtgestaltung und Verkehr, eröffnete GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) mit der Feststellung, daß es anscheinend ein besonderes Merkmal der Stadtplanung ist, schwierige oder unangenehme Entscheidungen bis zur letzten Minute hinauszuschieben. Das führe oft dazu, daß die Planung von den Bauarbeiten oft eingeholt würde. Als Beispiele sind der Karlsplatz, der Stephansplatz und die Donauinsel anzuführen. Immerhin ist der Partizipationsversuch an der Gestaltung des Karlsplatzes als ermutigend zu bezeichnen, wenn auch keine Ideallösung gefunden werden konnte. Auf die Straßenführung kann man nicht verzichten, eine beträchtliche Grünfläche wurde jedoch gesichert, und die Wagnerpavillons werden nicht auf einer Insel stehen. Beim Stephansplatz ist es jedoch nicht zu einer breiten Diskussion gekommen, lediglich zu einem gewissen Kontakt mit den kirchlichen Stellen. Gerade die Kirche hat aber keine glückliche Hand bei der Stadtbildpflege bewiesen, siehe Garage hinter der Stephanskirche. Überraschend wurde nun im Sommer bekannt, daß die Abgänge zur U-Bahn auf öffentlichen Flächen errichtet werden. Da muß man den Vorwurf erheben, daß die Stadt die günstigste Zeit zu Verhandlungen mit den Hauseigentümern versäumt hat. Eine öffentliche Diskussion wird notwendig sein über das geplante, zehngeschoßige Bürohaus anstelle des Forumkinos, weil es nicht vorstellbar ist, daß der Neubau das Rathausviertel nicht stark beeinträchtigen wird. In solchen Fällen sollte ein anschauliches Modell des Vorhabens öffentlich - etwa in der Rathausinformation - ausgestellt werden. Zur Information über Planungsabsichten meinte GR. Hirnschall, daß man zwischen zwei Extremen schwanke: Beispielhafte Information im Assanierungsgebiet Ottakring und im "Planquadrat", nicht genügende Mitwirkung der Bevölkerung bei Änderungen des Widmungs- und Bebauungsplanes. Es wird Aufgabe der neuen Bauordnung sein, die Planungsdemokratie herzustellen. Im übrigen wird zuwenig gegen die Verhüttelung getan.

Einen Wandel bei den beiden großen Parteien in Planungsfragen leitete GR. Hirnschall von zwei Beispielen ab: Im Investitionsplan wird auf die Gefahren für die Entwicklung Wiens als autogerechte Stadt hingewiesen. Die Hochleistungsstraße am Gürtel wird dabei genannt. Damit dürfte dieses Vorhaben offiziell begraben sein, das müßte dann logischerweise auch für die Fortsetzung durch die Brigittenau gelten. Neuerdings lehnt die ÖVP den Wohnpark Alt-Erlaa ab, bezeichnet ihn als "Verbrechen an den Familien", die dort hineinkommen. Vor drei oder vier Jahren hat die ÖVP für dieses "Verbrechen" gestimmt. (smo)

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) bezeichnete die Budgetansätze für bauliche Herstellungen im U-Bahn-Bau als zu gering. Der Ansatz von 2,7 Milliarden täusche, weil darin allein 600 Millionen für den Ankauf von U-Bahn-Triebwagen enthalten seien. Außerdem bringe der Umbau der Stadtbahn und der Ustraba (U 4 und U 2) keine echten Verkehrsverbesserungen. Nur 1,7 Milliarden bleiben für verkehrsrelevante Neubauten, von einer Beschleunigung des U-Bahn-Baus könne keine Rede sein. Die termingerechte Fertigstellung der ersten Ausbauphase des U-Bahn-Netzes bis zum Jahr 1980 sei in Frage gestellt. Genug Mittel seien im Budget nur für die Prestigelinie U 1 vorgesehen, die offensichtlich rechtzeitig vor den Wahlen 1978 fertig sein soll. Vor allem bei der U 2 sei mit Verzögerungen zu rechnen, da hier das Baugeschehen gedrosselt werde.

Zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs müßten auch andere Lösungen angepeilt werden. Ein adäquates Mittel wäre der Ausbau und die Anbindung der Vorortelinie an das S-Bahn-Netz. Die Kosten von rund 2 Milliarden seien zwar hoch, müßten aber in Relation zu den noch weit höheren Kosten des U-Bahn-Ausbaues in diesem Bereich gestellt werden, mit dem in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden könne. Allerdings müßte endlich Einvernehmen zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadt Wien über die Kostenfragen erzielt werden.

Zum Problem der Assanierung erklärte Mayr, daß die Bevölkerung Wohnungen in der Nähe ihrer ursprünglichen Wohngebiete oder in diesen selbst erhalten solle. Die Erfahrungen im Assanierungsgebiet Ottakring zeigten jedenfalls die Berechtigung der ÖVP-Anträge auf umfassende Information der Bevölkerung und auf Schaffung einer städtischen Auskunftsstelle

im Assanierungsgebiet. Schließlich kritisierte Dr. Mayr, daß für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten im Budget zu geringe Mittel vorgesehen seien. (ger)

Einen Leistungsbericht der Geschäftsgruppe V und eine Vorschau auf 1976 gab GR. Holub (SPÖ). Im Jahr 1975 wurde der Umbau des Nußdorfer Wehrs abgeschlossen. Die Tiefbauwerke und Stahleinbauten beim Einlaufbauwerk Lang-Enzersdorf wurden fertiggestellt. Im Dezember wurde mit der Baustelleneinrichtung zum Baulos 3 der neuen Donau - 12 m vom Einlaufbauwerk Lang-Enzersdorf bis in den Bereich der Praterbrücke - begonnen. Damit sei vor allem für die Kleinfirmen auf Jahre hinaus eine sichere Auftragsvergabe gewährleistet.

Beim U-Bahn-Bau werde man nach Fertigstellung einzelner Teilstrecken für das Geschäftsleben eine beachtliche Umsatzsteigerung feststellen. Mitte 1976 werden im Bereich des Karlsplatzes ein Großteil der Hauptpassage sowie die Ladenstraße fertiggestellt und für die Fußgänger benützlich sein. Ebenfalls 1976 wird der Straßenbau auf der inneren Favoritenstraße inklusive Südtiroler Platz beendet und diese Straße wieder für den Verkehr freigegeben sein. Schließlich sei auch die Umrüstung der Verkehrsampeln mit einer phantomfreien Optik im Gange. (hs)

Die SPÖ hat ein gestörtes Verhältnis zum Individualverkehr, stellte GR. Daller (ÖVP) fest. In den Debatten konzentriert sich das Interesse fast ausschließlich auf die Forcierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Es besteht die Gefahr, daß der Individualverkehr und der Wirtschaftsverkehr auf den Straßen zu kurz kommen.

Der Straßenbau wird in Wien im Vergleich zum Schienenverkehr nur mäßig fortgesetzt. Der Redner kritisierte das Fehlen eines integrierten Verkehrskonzeptes. Beide Systeme, Straße und Schiene, müßten gut aufeinander abgestimmt werden.

Daller kritisierte, daß die Dringlichkeitsreihung der Bundesstraßen für Wien auf politischer Ebene nie diskutiert wurde. Denn gegen den Bau einiger Straßenzüge müßte man aus Gründen des Umweltschutzes Bedenken haben, so zum Beispiel bei der B 222, von der Wientalstraße zur Südautobahn.

Bei der Verkehrsplanung mangelt es oft an der notwendigen Koordination zwischen den einzelnen Stellen, wie den österreichischen Bundesbahnen und der Stadt Wien oder den Verkehrsbetrieben und der Geschäftsgruppe V. Daller regte an, daß alle Planungsunterlagen an einer Stelle gesammelt werden.

Im einzelnen forderte er den raschen Ausbau der Angerer Straße von der Kagraner Brücke stadtauswärts und kritisierte die noch vorhandene Granitsteinpflasterung in vielen Wiener Straßen. Die Triester Straße müßte von der Raxstraße stadtauswärts generalüberholt werden. Für den ruhenden Verkehr fehlen Parkgaragen. Für all diese Vorhaben fehlen aber die Mittel, erklärte Daller. (sei)

GR. Bednar (SPÖ) beschäftigte sich speziell mit dem Verkehrswesen. Die Stadtverwaltung hat mit der Beschlußfassung über das Grundnetz der U-Bahn deutlich gezeigt, daß sie gewillt ist, die Stadt in ihrer Form zu erhalten und gleichzeitig Massenverkehr und Individualverkehr in vernünftige Bahnen zu bringen. Keinesfalls könne man aber die U-Bahn - wie ein ÖVP-Redner meinte - als Prestigebau bezeichnen. Überhaupt glaubt die ÖVP anscheinend nicht an die Zukunft Wiens, alles wird von ihr in Grund und Boden kritisiert. Der eine sagt, es wird zu viel geplant - der andere meint, es wird zu wenig geplant. In einer Stadt wie Wien kann es aber gar nicht anders sein als in allen anderen Großstädten, daß nämlich ein ständiger Planungsprozeß stattfindet. Es wird versucht, die vernünftigste Lösung zu finden. Daher wird der U-Bahn Priorität eingeräumt - sie wird bis Kagran geplant und ausgebaut werden, die Gürtel-U-Bahn von Norden nach Süden wird ebenfalls zeitgerecht geplant werden. Als Nahziele sind jedoch die Errichtung der S-Bahn-Haltestelle Großfeldsiedlung zu sehen, der Ausbau der Südbahn, eine Verbindung nach Stadlau ebenso wie die Schnellverbindung zum Flughafen Schwechat. **Allerdings** wird es notwendig sein, die Zusammenarbeit mit Bund und ÖBB zu forcieren. Die Kontakte zur Bundesbahn sind hergestellt und es ist zu hoffen, daß auch die Bundesbahnen vernünftige Lösungen zum Nahverkehr anstreben.

Wollen die Bundesbahnen so große Projekte mit wirtschaftlichem Charakter wie die Verbauung des Franz Josefs-Bahnhofes oder des Aspangbahnhofes verwirklichen, müssen sie auch verstehen, daß sie Aufgaben im Nahverkehr zu erfüllen haben. Auch eine perzentuelle finanzielle Beteiligung des Bundes am U-Bahn-Bau wird angestrebt. Unter der sozialdemokratischen Regierung hat Wien bereits 2,5 Milliarden Zuschüsse für die U-Bahn bekommen.

Bei dieser Gelegenheit sollte der Gemeinderat den Beschäftigten am U-Bahn-Bau den Dank aussprechen, weil sie oft unter schwierigsten Bedingungen - wie letztlich am ~~Schwedenplatz~~ - ihre Arbeit vollführen. Man kann überzeugt sein, daß die U-Bahn zeitgerecht fertig sein wird, auch wenn es immer wieder schwierige Situationen geben kann. GR. Bednar kündigte an, daß die Praterstraße nach Beendigung der U 1 eine schöne Straße mit Alleebäumen, Fußgängerbereichen, Schanigärten sein wird.

Abschließend wies Bednar auf die große Bedeutung des Gütertransportes auf der Donau hin, wenn 1981 der Rhein-Main-Donaukanal den durchgehenden Wasserweg von der Nordsee zum Schwarzen Meer eröffnet. Wien hat mit dem Ausbau der Hafenanlagen zeitgerecht begonnen. Auch in Zukunft werden die finanziellen Mittel aufgebracht. Teile der Wirtschaft haben die Bedeutung des Wasserweges bereits erkannt und sich am Hafen angesiedelt. (smo)

GR. Hoffmann (ÖVP) meinte, allein aus der Tatsache, daß seine Fraktion 96 Prozent der im Gemeinderatsausschuß für Stadtgestaltung und Verkehr behandelten Geschäftsstücke zugestimmt habe, gehe hervor, daß die ÖVP keine "Neinsagerpartei" sei.

Hoffmann nahm zu einigen als "neuralgisch" bezeichneten Problemen der Stadtplanung Stellung: Bei der Gestaltung des Karlsplatzes sollte überlegt werden, ob nicht auf eine der drei in Richtung des Ringes führenden Fahrbahnen verzichtet werden könnte. Unverständlich sei ihm auch die Situierung des Teiches vor der Karlskirche.

Für die anzustrebende Führung der B 1 in Tieflage im Bereich des Platzes vor dem Schloß Schönbrunn sollten die planerischen Vorarbeiten in Angriff genommen werden. Außerdem sollte zur Bewältigung des Parkplatzproblems eine Tiefgarage gebaut werden. Hoffmann kritisierte abschließend, daß weder für die 5. Donaubrücke noch für den Neubau der Philadelphiabrücke im Budget Vorsorge getroffen worden sei. Überhaupt sei das Kapitel Brückenbau im Budget stiefmütterlich behandelt worden: Die Finanzierung zahlreicher notwendiger Brückengeneralsanierungen sei nur durch Umschichtungen auf Kosten von ebenfalls notwendigen Wildbachregulierungen (Liesingbach, Schwechat) gesichert worden.(ger.)

Mit den Fragen der Flächenwidmung und Stadterneuerung befaßte sich GR. Ing. Nedwed (SPÖ): mit dem Assanierungsgebiet Ottakring sei die Stadtplanung in eine neue Phase getreten. Die Grundlagen dafür waren durch das Stadterneuerungsgesetz geschaffen worden. Stadterneuerung sei notwendig, um die Kerngebiete zu sanieren, die Randwanderung zu verhindern. Dabei werde auch die Mitsprache der Bevölkerung gesucht. Die geplante Änderung der Stadtverfassung wird die Partizipation der Bevölkerung berücksichtigen, die Bezirksvertretungen werden die Bewohner - wie es auch jetzt schon teilweise geschieht - umfassend informieren können.

Im Rahmen der Stadterneuerung müßten jedoch nicht nur Häuser und Wohnungen, sondern der gesamte Lebensraum erneuert werden. Stadtrat Ing. Hofmann hatte deshalb bereits Spielstraßen- und Alleenkonzeppte vorgeschlagen. Wie erfolgreich ähnliche Experimente durchgeführt werden können, beweisen die Fußgängerzonen in der Inneren Stadt und im 10. Bezirk.

Bahnhofüberbauungen, stellte Ing. Nedwed fest, könne es natürlich nur im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung geben. Auf keinem Fall werde geduldet, daß sich hier eine Art von Exterritorialismus breitmache. Es müssen multifunktionale Zentren geschaffen werden.

Zur Parkraumnot: Es werde zu weiteren Bewirtschaftungen des Parkraums kommen müssen.

Als Modell für eine umfassende Planung mit Alternativen bezeichnet Ing. Nedwed den Wettbewerb Donaauraum, der Ende 1976 abgeschlossen werden solle. Bei allen Planungsvorhaben bediene

sich die Stadtverwaltung nicht nur der zuständigen Fachbeamten, sondern auch der verschiedenen Architekten- und Planungsteams sowie der zahlreichen Institute, die sich mit Stadtplanung und -forschung beschäftigen. Die Planung müsse zwar dem allgemeinen Bewußtsein voraus sein, benötige aber auch ein Korrektiv durch die Mitsprache der Betroffenen und suche den Konsens mit der Bevölkerung. (hs)

GR Dr. Macher (ÖVP) fragte den Planungsstadtrat, welche Vorstellungen er und die zuständigen Abteilungen für eine Revitalisierung der Freyung haben. Dies sei wichtiger als die Restaurierung des Objektes.

Das Areal des Nordbahnhofes und des Nordwestbahnhofes stellt im 2. und 20. Bezirk einen Fremdkörper dar. Gerade um diese Bezirke städtebaulich aufzuwerten, müßte über die Nutzung dieser Areale in absehbarer Zeit entschieden werden. Macher stellte den Antrag, daß umgehend ein städtebauliches Gutachten über die künftige Nutzung des Nordbahn- und Nordwestbahngeländes ausgearbeitet wird.

Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) erklärte zur Debatte über die Gestaltung des Stephansplatzes, daß bereits vor Jahren ein großer U-Bahn-Aufgang auf öffentlichem Gut beschlossen wurde. Damals erfolgte vom Vertreter der Erzdiözese Wien, wie bei den späteren eisenbahnrechtlichen Verhandlungen, kein Einwand. Man ist dann von dieser Lösung abgekommen und man wollte zwei Aufgänge in Privathäusern errichten. Die Verhandlungen mit den Eigentümern gestalten sich jedoch sehr schwierig. Daher werden zunächst provisorische Aufgänge auf öffentlichem Gut errichtet. Kommenden Freitag wird ein Beratungsgremium aus 16 Fachleuten, von denen vier die Erzdiözese Wien stellt, gebildet. Dieses Gremium wird sich mit der Gestaltung des Stephansplatzes befassen.

Hofmann lehnte das Abgehen vom Begriff "Hochleistungsstraße am Gürtel" ab. Denn für Hochleistungsstraßen zahlt der Bund. Ein Abgehen von diesem Begriff würde nichts an der Ausstattung der Straße ändern.

Stadtrat Hofmann bekannte sich bei der Gestaltung der Freyung für das Projekt des Architekten Peichl. Von den drei innerhalb der Freyung gelegenen Palais hat die Gesiba ein Palais gekauft. Dieses Palais wird von der Gesiba revitalisiert.

Der Nordbahnhof liegt in dem Gebiet, für das der Wettbewerb "Donaubereich Wien" Vorstellungen entwickelt. Daher wird die Jury noch im nächsten Jahr über die Nutzung des Areales Vorschläge erbringen. (sei)

Umwelt und öffentliche Einrichtungen

Zu Beginn der Beratungen des VI. Hauptstückes, Umwelt und öffentliche Einrichtungen, erklärte GR.Dkfm. Bauer (FPÖ), daß er von den Ergebnissen der Umwelterhebung 1973 enttäuscht ist. Statt konkreter Ergebnisse sind darin nur subjektive Einschätzungen der Umweltsituation durch die Bevölkerung enthalten. Für den schwer "gefährdeten Patienten Umwelt" sind bisher statt eines Kuraufenthaltes lediglich zwei Kopfwepulver verordnet worden - nämlich das Baumschutzgesetz und die Aktion Salzstreuung. Sonst ist so gut wie nichts gegen die Luftverschmutzung, die Lärmgefährdung, zur Abfallbeseitigung geschehen. Beim Gewässerschutz gibt es sogar gewisse Rückfälle. Aber bereits Messungen aus den Jahren 1971/72 haben Luftverschmutzungen mit Überschreitung der Toleranzgrenzen ergeben, auch die Lärmüberschreitungen an den Hauptverkehrsadern sind damals unzumutbar gewesen. Was den Gewässerschutz betrifft, hat es in den letzten fünf Monaten mehrmals Ölverschmutzungen gegeben. Die FPÖ wird demnächst ein fertiges Altölbeseitigungsgesetz vorlegen und hofft, daß dieses nicht wie ihre bisherigen Vorschläge für ein Lärmschutzgesetz, ein Luftreinhaltegesetz und zur Besteuerung der Einwegflaschen unbeachtet bleibt.

GR. Bauer kritisierte die Kürzung der Budgetansätze für die Großkläranlage, für Untersuchungen der Umweltsituation und des Naturschutzes sowie für den Bäderbau. Das ist sowohl vom gesundheitlichen Standpunkt, von Standpunkt der Freizeitgestaltung, des Umweltschutzes und schließlich aus konjunkturpolitischen Gründen falsch. Kritik übte der Redner überdies an der Erhöhung des Ansatzes für Veröffentlichungen und Information. Er brachte zwei Anträge ein, die eine Erhöhung der Mittel für den Bäderbau um 50 Millionen und eine Kürzung der Mittel für Informationen um 9 Millionen vorsehen.

Die FPÖ wird aus den genannten Gründen gegen dieses Budgetkapitel stimmen. (smo)

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) kritisierte, daß im Budgetvoranschlag 1976 für den Presse- und Informationsdienst insgesamt 72 Millionen

Schilling vorgesehen seien, was gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 50 Prozent bedeute. Gleichzeitig würden aber innerhalb der Geschäftsgruppe VI andere wichtige Posten, so für Feuerwehr und Katastropheneinsatz, für Umweltschutz und für Sondererfordernisse der Müllabfuhr gekürzt. Dr. Glatzl brachte einen Antrag auf Umschichtung von 20 Millionen Schilling vom Budget des Presse- und Informationsdienstes zugunsten der Feuerwehr, für Umweltschutz und für die Straßenreinigung ein. Der Presse- und Informationsdienst könnte seine Arbeit mit weniger Aufwand sogar effektiver gestalten. So sei zum Beispiel die Budgetbroschüre viel zu aufwendig und deshalb nicht zweckentsprechend. Dr. Glatzl kritisierte weiter eine Inseratenkampagne im Sommer 1975 als Antwort auf in Inseraten gegen Wien gerichtete Angriffe. Jene Kampagne habe eine halbe Million Schilling gekostet.

Statt eine Flut von Papier zu produzieren, sollte der Presse- und Informationsdienst besser die Kooperation mit dem ORF intensivieren. Überlegungen über das Kabelfernsehen bezeichnete Dr. Glatzl aus finanziellen Gründen als unrealistisch.

Auch bei der Zeitschrift "wien aktuell" müsse man sich überlegen, ob die Kosten für diese gut gemachte, aber aufwendige Zeitschrift gerechtfertigt seien.

Vorbildlich seien einfache, sachbezogene Broschüren wie zum Beispiel der "Wegweiser für Behinderte".

Ungelöst durch den Presse- und Informationsdienst sei das wichtige Problem der rechtzeitigen Vorinformation der von Planungsmaßnahmen betroffenen Bevölkerung. (ger)

Für die Möglichkeiten der aktiven Freizeitgestaltung in den öffentlichen Parkanlagen trat GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) ein. Dazu können kleine, durch Hecken abgeschirmte Plätze mit Tischen für ältere Menschen ebenso wie Bocciabahnen, Schachspiele und Kegelbahnen zählen. GR. Outolny (SPÖ) stellte die Arbeit der MA 39 - Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien - und die Grünflächenpolitik in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Die MA 39, älteste staatliche Versuchsanstalt - sie wird in zwei Jahren ihren 100sten Geburtstag feiern - hat im vergangenen Jahr mehr als 10.000 Prüfungsanträge bearbeitet. Das Umweltschutzlabor, mit dessen Einrichtung vor fünf Jahren begonnen wurde, kann heute alle **einschlägigen** Anforderungen bei Lärm-, Luft-, Abwasser- und Abfallproblemen erfüllen.

In Zusammenarbeit mit der MA 24 ist es der Versuchs- und Forschungsanstalt gelungen, durch Verbesserung in den Baukonstruktionen und verstärkte Anwendung wärmedämmender Materialien eine Verringerung der Heizkosten zu erreichen. Bedeutend sind auch die Grundlagenforschungen auf dem Gebiet des Brandschutzes, die zum Beispiel beim Bau des Hilton-Hotels Anwendung fanden.

Zur Grünflächenpolitik: das Wald- und Wiesenschutzgebiet, das 1905 nur 4.400 Hektar umfaßte, sei heute bereits rund 6.000 Hektar groß und werde nach Realisierung des gemeinsam mit Niederösterreich durchzuführenden Erweiterungskonzeptes im Einzugsraum um Wien fast 14.000 Hektar betragen. Wesentlich vergrößert wurde in den letzten Jahrzehnten auch das Kleingarten- und Siedlungsgebiet: gab es 1924 noch 31.000 Kleingartenlose mit einer Fläche von 9,2 Millionen Quadratmeter, so umfassen die Kleingarten- und Siedlungsgebiete im Jahr 1974 rund 12,3 Millionen Quadratmeter.

Im Zuge der Stadterneuerung werde die neu zu bestellende Leitung des Stadtgartenamtes gemeinsam mit der Stadtplanung ein Schwerpunktprogramm für Stadterneuerungsgebiete erstellen müssen.

Am Allgemeingut in öffentlichen Parkanlagen usw. wurde in den Jahren 1972 bis 74 Schaden in der Höhe von 28 Millionen Schilling verursacht. Diese Zerstörungsaktionen gaben Anlaß, im Rahmen des Wiener Sicherheitsplanes wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten: durch spezielle und konzentrierte Aktionen der Polizei konnten bereits konkrete Erfolge erzielt werden. Notwendig sei jedoch, auch das Wegschauen zu bekämpfen, das ebenfalls zu einer Abwertung der Gemeinschaftseinrichtungen führe. (hs)

GR. Jedletzberger (ÖVP) sprach sich für eine Priorität der Grünlandplanung bei zukünftigen Planungen aus. Er regte an, das 170 ha große Areal der Ziegelwerke in Inzersdorf zu einem Musterfall einer Grünlandplanung zu machen. Überhaupt sollte das landwirtschaftliche Grünland in Wien in seiner Bedeutung gehoben werden.

Jedletzberger bemängelte an einer in Ausarbeitung befindlichen Verordnung für die Reinhaltung privater Grundstücke, daß der Eigentümer das auf seinem Grundstück abgelagerte Gerümpel wegräumen müßte.

Diese Bestimmung würde vor allem für die Landwirte zu einem Problem werden, da sie ihre Grundstücke ja nicht so bewachen könnten, daß kein Gerümpel von Fremden abgelagert wird. Mit dieser Bestimmung würden also Personen bestraft, die für den Mißstand nichts dafür können. (sei)

GR. Köchler (ÖVP) beschäftigte sich mit den Vorkehrungen für Katastrophenfälle und dem Wiener Sicherheitswesen. Er reklamierte vor allem ein bereits mehrmals angekündigtes, aber bisher nicht vorgelegtes Katastrophengesetz. Das Hochwasser im heurigen Sommer hat gezeigt, daß solche Maßnahmen notwendig sind. Feuerwehr, Polizei und Bundesheer haben sich beim Hochwassereinsatz bestens bewährt, und es gebührt ihnen der Dank des Gemeinderates. Eine Katastropheneinsatz-Leitstelle wird derzeit im Rathaus vorbereitet, wobei einem vom allgemeinen Stromnetz unabhängigen Telefonnetz besondere Bedeutung zukommt. Auch an eine fahrbare Kommandozentrale ist gedacht. GR. Köchler erinnerte daran, daß Bürgermeister Gratz nach der Manöverkritik zum Hochwassereinsatz die Schaffung einer Art freiwilliger Bürgerwehr bzw. Notbrigade angeregt hat. Auch das ist nur Ankündigung geblieben. Zum Kapitel Sicherheit: Im Rahmen des Sicherheitsplanes sind von der Stadt Wien 100 Sprechfunkgeräte für die Polizei angeschafft worden. Der baldige Einsatz dieser Geräte sollte veranlaßt werden. Beeinträchtigt werden die Sicherheitsverhältnisse aber nach wie vor durch die Überlastung der Kriminalbeamten mit artfremden Tätigkeiten. Es wäre zum Beispiel von Vorteil, wenn die Kriminalbeamten Zeit hätten, entlassene Strafgefangene zu überwachen. Die Wiener Polizei hat auch noch immer kein Radargerät zur Ahndung von Verstößen gegen die Geschwindigkeitsbegrenzungen. Nicht erfolgreich gelöst ist das Problem der Geheimplöcker. (smo)

GR. Lustig (SPÖ) nahm zum Budgetkapitel "Bäder" Stellung. Für den Baubeginn an einem kombinierten Hallenfreibad in Hietzing und einem Sommerbad in Atzgersdorf ist vorgesorgt. Schwimmen ist die beliebteste Sportart der Wiener. Das Freizeitverhalten der Bevölkerung sei eine glänzende Bestätigung für das Bäderkonzept der Stadt Wien.

Mit dem im Mai 1975 eingeführten telefonischen Kundendienst der Bäderinformation, einer Wandzeitung, einer Ausstellung in der Schmidthalle und einem Artikel in "Wien aktuell" sei auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit geleistet worden.

Durch die Verlängerung der Öffnungszeiten stünden den Wienern heute sechs Hallenbäder insgesamt 366 Stunden in der Woche und 10 Saunabäder insgesamt 475 Stunden in der Woche zur Verfügung. Die heuer erstmals durchgeführte Öffnung eines Teiles des Schafbergbades auch außerhalb der Badesaison habe sich als großer Erfolg erwiesen. Bis jetzt seien rund 5.000 Besucher gekommen. Das Ottakringer Bad, das Schafbergbad, das Dianabad und das Stadthallenbad seien mit verschiedenen Ausgestaltungen endgültig fertiggestellt worden.

Für die Zukunft sei die Verlängerung der Öffnungszeiten der Sommerbäder in der Vor- und Nachsaison in Aussicht genommen.

Die Preisgestaltung der Bäder müsse in Anbetracht des vergrößerten Angebotes und der längeren Badezeiten allerdings überprüft werden. Die Stadt Wien werde auch mit den Privatbädern weiterhin zusammenarbeiten und diese in ihre Bäderwerbung einbeziehen. Sie könne allerdings nicht für die von den privaten Besitzern versäumten Investitionen aufkommen. Für das Lauer Berg-Bad kündigte Lustig die Schaffung eines gesonderten Mutter-Kind-Bereiches an. In den Hallenbädern soll das Tragen von Badehauben Pflicht werden. (ger)

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) brachte im Namen seiner Fraktion vier den Umweltschutz betreffende Anträge ein: In den Bereichen der 1. und 2. Hochquellenwasserleitung solle untersucht werden, ob weitere Möglichkeiten zur Anlegung unterirdischer Trinkwasserspeicher bestünden. Die Ausgestaltung der Fließwässer und Gerinne in Wien möge im Sinne des Gewässerschutzes nicht nur nach rein mechanistischen, sondern nach biologisch-ökologischen Gesichtspunkten erfolgen, wurde ebenfalls beantragt. Das bedeutet, daß Gewässer nicht nur in offenen Kanälen das Oberflächenwasser abführen oder als verschmutzte Bäche die Landschaft stören sollen, sondern man möge ihren natürlichen Zustand durch umfassende Gewässerpflege weitgehend erhalten.

Der dritte Antrag betraf die Errichtung einer zusätzlichen chemischen Abwasserreinigung in der Großkläranlage. Um die starke Geruchsbelästigung und eine eventuelle gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung durch Abgase der Müllverbrennungsanlage Spittelau zu vermeiden, sollen deren laufende Immissionsmessungen durch Untersuchungen mit Testgasen ergänzt werden.

Zur Schnellstraße B 223 durch den 14. und 16. Bezirk: Nach dem Konzept der Bundesstraßenverwaltung wäre hier eine Kfz-Frequenz

von 30.000 bis 35.000 Fahrzeugen in beiden Richtungen zu erwarten. Das würde gleichzeitig unter anderem eine höhere Konzentration an Schadstoffen bedeuten: so wäre beim Bleiausstoß das Siebenfache des zugelassenen Wertes von zwei Milligramm und das Zehnfache jener Menge krebserregender Substanzen, die vor fünf Jahren am Matzleinsdorfer Platz gemessen wurde, zu erwarten. (hs)

Umweltschutz hat auch eine soziale Bedeutung. Die Umweltprobleme in den Städten dürfen nicht so gelöst werden, daß breiten Kreisen der Bevölkerung jener materielle Lebensstandard vorenthalten wird, den kleinere, privilegierte Gruppen bereits besitzen. Der Wiener Umweltbericht hat daher zur Maxime, daß materieller Wohlstand und Lebensqualität keine Gegensätze sind, erklärte GR. Edlinger (SPÖ). Umweltschutz ist jedoch nur mit einem breiten demokratischen Konsens einer umweltbewußten Gesellschaft möglich. In letzter Zeit, so Edlinger, habe sich da einiges gebessert. So werden Umweltgesichtspunkte in politischen Planungen oder unternehmerischen Entscheidungen, aber auch in der Lebensführung jedes einzelnen von uns berücksichtigt.

Nach der kürzlich fertiggestellten Umwelterhebung 1973 messen 34 Prozent der Wiener der Luftreinhaltung größte Bedeutung zu. Auf Grund dieses Ergebnisses wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen veranlaßt. Die Arbeiten an einer Luftreinhaltenevelle zum Feuerpolizeigesetz sind nahezu abgeschlossen. Diese wird Maximalwerte für Emmissionen festlegen und der Stadt die Möglichkeit geben, bei Bedarf notstandspolizeiliche Maßnahmen zu verfügen. Ebenso wird an einem Emmissionskataster gearbeitet, der Grundlage für eine Immissionsprognose sein soll. 1976 wird der Luftbericht fertig sein. Erstmals in Österreich - so Edlinger - wurden in Wien Luftmessungen nach Schwermetallanteil vorgenommen.

Mit dem Antibaulärmgesetz im Jahre 1973 konnten bereits spürbare Erfolge bei der Lärmbekämpfung erzielt werden. Durch genaue Messungen wurden Lärmzonen ausgewiesen, die nun Grundlagen für planerische Vorhaben sind, erklärte Edlinger. Rechnet man alle Maßnahmen zusammen, die 1976 für den Umweltschutz ergriffen werden, ergibt sich die hohe Summe von rund einer Milliarde, stellte Edlinger fest.

Um all die skizzierten Umweltfragen lösen zu können, bedarf es einer informierten und bewußten Öffentlichkeit. Aufgabe einer demokratischen Politik ist es, Informationen möglichst gleichmäßig

zu verteilen. Zur Kritik am Presse- und Informationsdienst führte Edlinger an, daß das neugestaltete Magazin "wien aktuell" sicherlich zum stufenweisen Aufbau einer kritischen, informierten Öffentlichkeit beiträgt. Die neue Dokumentations- und Diskussionsbeilage "Konfrontationen und Perspektiven" liefert dem anspruchsvollen Leser gute Backgroundinformationen. Die ebenfalls neue, viermal jährlich erscheinende Publikation "wien information", die allen Wiener Haushalten zugesendet wird, macht die Bürger mit den konsumierbaren Leistungen der Stadt bekannt. Die Rathausinformation ist zu einer beliebten Service-Einrichtung geworden. Allein diese drei Beispiele zeigen, daß Wien bestrebt ist, möglichst vielen möglichst alle Informationen zuteil werden zu lassen, erklärte Edlinger.

Nach diesem Debattenbeitrag wurde die Sitzung unterbrochen. Donnerstag, um 9 Uhr, wird die Budgetdebatte des Gemeinderates fortgesetzt. (sei)

Ende des Sitzungsberichtes

l o k a l :

=====

orden fuer wiener komponisten

12 wien, 10.12. (rk) zwei bekannte wiener komponisten wurden mittwoch nachmittag im wiener rathaus mit der verleihung des silbernen verdienstzeichens des landes wien geehrt. landeshauptmannstellvertreter hubert p f o c h ueberreichte die auszeichnungen an wilhelm j e l i n e k , der viele populaere wienerlieder komponiert hat, und an professor eduard w i l i m e k , der sich als chorleiter und komponist insbesondere bei der musikalischen erziehung der jugend besondere verdienste erworben hat. (smo)

1255